

# **Gewalttransformation und Vertrauensbildung**

*Forschungsprofil der Professur Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik (2024-2025)*

Institut für Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen

Der inhaltliche Fokus der Forschung richtet sich auf die Überwindung von Gewaltstrukturen und Möglichkeiten der Vertrauensbildung in inner- und zwischenstaatlichen Konflikten. Mit Gewalt sind zunächst einmal im engeren Sinne physischer oder psychischer Zwang sowie dessen Androhung gemeint. Gewalt schlägt sich aber auch in repressiven Herrschaftsstrukturen (institutionelle Gewalt) sowie in den sie legitimierenden Normen und Praktiken (kulturelle Gewalt) nieder. Bei der Transformation von Gewaltstrukturen misst das Team im Sinne jüngerer Kooperationsforschung Vertrauensbildung eine zentrale Rolle zu. Sie ist ein nur vermeintlich „weicher Faktor“ und entscheidet oftmals darüber, ob Konflikte in Übergangsprozessen konstruktiv oder destruktiv ausgetragen werden.

Die Professur ist durch einen Methodenpluralismus geprägt, der gleichermaßen dem Sinnverstehen der sozial konstruierten Welt wie auch der Erklärung empirischer Phänomene dient. Einen besonderen Stellenwert hat die Feldforschung, bei der qualitative Interviews, aber auch Fokusgruppengespräche, ein bevorzugtes Instrument darstellen. Theoretisch spielen sozialkonstruktivistische, feministische und postkoloniale Ansätze eine wichtige Rolle. Zugleich sind die Forschungsprojekte keinem spezifischen Paradigma verpflichtet. Sie orientieren sich einem reflektierten analytischen Eklektizismus entsprechend an der ergebnisoffenen Beantwortung von Fragestellungen, für die jeweils spezifisch geeignete Theorien und Konzepte herangezogen werden.

Die empirischen Forschungen an der Professur beziehen sich häufig auf innerstaatliche Konflikte, die zugleich in der Regel durch internationale Intervention und transnationale Einflussnahme geprägt sind. Ein Schwerpunkt liegt auf der Entwicklungs- und Friedenspolitik in fragilen Staaten sowie der Funktionsfähigkeit und Prozesse der Vertrauensbildung in hybriden politischen Ordnungen (Tobias Debiel). Feministische und queere Perspektiven sind dabei bedeutsam: Dies gilt etwa für Transformationsprozesse in Post-Konflikt-Situationen, so im Falle Sierra Leone (Patricia Rinck). Ungeklärt ist dabei häufig das Spannungsverhältnis zwischen externen und lokalen Akteuren, das zwischen patriarchaler Bevormundung und dem proklamierten Anspruch auf „local ownership“ oszilliert. Ambivalenzen spiegeln sich auch in den Rollen wider, die „Peacekeeper“ im Rahmen internationaler Missionen einnehmen, was anhand des Kosovo erforscht wird (Andréa Noël). Schließlich geht es auch um Disruptionen, die häufig mit Wandlungsprozessen in den Gesellschaften des Globalen

Südens einhergehen. Welcher Stellenwert dabei der ideologischen Mobilisierung zukommt, wird u.a. im Fokus auf religiöse und soziale Bewegungen in Subsahara-Afrika analysiert (Jannis Saalfeld).

Die Forschungen an der Professur beschränken sich nicht auf innerstaatliche Transformationen und Umbrüche, sondern haben auch zwischenstaatliche und transnationale Konfliktkonstellationen im Blick. Der Schwerpunkt liegt auf globalen Normdynamiken und Vertrauensbildung im Bereich der nuklearen Ordnung (Leonardo Bandarra; Carmen Wunderlich, z. Zt. beurlaubt), so etwa beim Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen sowie beim Atomwaffenverbotsvertrag. Ein wichtiges Augenmerk liegt auf der Kontestation westlich geprägter Normen durch zivilgesellschaftliche Organisationen und Akteure des globalen Südens, wobei auch marginalisierte Akteur\*innen einbezogen werden.

Normativ sind die Forschungen des Teams der Idee eines nachhaltigen und emanzipatorischen Friedens verpflichtet, der strukturelle und intersektionale Machtungleichheiten zu überwinden sucht. Dabei kommt der Frage der Geschlechtergerechtigkeit eine besondere Bedeutung zu. Die Relevanz von Forschungsprojekten ist primär durch akademische Debatten bestimmt, das Team weiß sich jedoch ebenfalls der gesellschaftspolitischen Verantwortung von Wissenschaft verpflichtet und ist entsprechend bestrebt, Forschungsergebnisse in die Gesellschaft und die Politik zu kommunizieren.